

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918 2 (1888)

19 (12.2.1888)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-189795](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-189795)

Norddeutsches Volksblatt.

Abonnement:
 pränumerando frei ins Haus:
 vierteljährlich . . . 1 M. 50 Pf.
 für 2 Monate . . . 1 . . . 50
 für 1 Monat 50
 evtl. Postbefreiung.

**Zeitschrift für freisinnige soziale Reform,
 für Politik und Unterhaltung.**

Redaktion und Expedition: T. Kühn, Bant.

Erscheint:
 jeden Mittwoch, Freitag u. Sonntag.
Inserate:
 die vierpaltige Zeile 10 Pf.,
 bei Wiederholungen Rabatt.

Tagesbericht.

Deutscher Reichstag.

31. Sitzung vom 7. Februar. Auf der Tagesordnung steht die zweite Lesung des Antrages Graf Behr, v. Bennigsen u. Gen., betr. Verlängerung der Legislaturperiode.

Abg. Dr. Windthorst bemerkt, er sei neulich bei der ersten Lesung bemüht gewesen, zu verhindern, daß außer der vorliegenden, noch fernere Änderungen der Verfassung geplant würden. Und ganz ohne Erfolg sei ja auch sein Bemühen nicht gewesen, denn er habe den Erfolg erzielt, daß Staatssekretär von Bötticher erklärt habe, ein Gutachten über Verfassungsänderungen ohne Mitwirkung des Reichstages sei von der Regierung nicht eingeholt worden. Heute könne er noch mitteilen, daß der berühmte Rechtslehrer Labandt an ihn geschrieben habe, es sei ein Gutachten über Verfassungsänderungen ohne Mitwirkung des Reichstages von ihm nie verlangt worden. Wäre das aber geschehen, so würde er, Labandt, sein Gutachten so dahin abgeben können, daß ohne Mitwirkung des Reichstages eine Verfassungsänderung nicht möglich sei. Für das vorliegende Gesetz trage zweifellos Herr von Bennigsen die Verantwortung, weshalb er, der Redner, denn auch dieses Gesetz „Gesetz Bennigsen“ würde nennen können. Aber Herr v. Bennigsen habe wenigstens auch klar gesagt, daß er weiteren Verfassungsänderungen, so hinsichtlich der Verdoppelung der Etatsperioden und hinsichtlich des Wahlrechts nicht zustimmen würde. Was die Konservativen anlangt, so habe Herr von Helldorf neulich nur gesagt, daß innerhalb der konservativen Partei seit Jahresfrist nicht über Änderungen des Wahlrechts gesprochen worden sei. Herr von Helldorf habe also, indem er eine weitergehende Erklärung nicht abgegeben habe, sich völlig freie Hand vorbehalten. Er, Redner, habe also zu seinen neulichen Darlegungen über die zu beachtenden weiteren Änderungen der Verfassung vollen Grund gehabt. Insbesondere vermahnt sich Redner auch gegen jede Anknüpfung der einjährigen Budgetperioden.

Abg. Kardorff (freisinn.) sieht es im Voraus kommen, daß bei den nächsten Wahlen es heißen werde: „Dieses (die Verlängerung der Legislaturperiode) war der erste Streich, doch der zweite folgt logisch“ (Heiterkeit herrscht). Die Frage des allgemeinen direkten Wahlrechts sei eine ganz müßige Spielerei, eine Doktorfrage. Jedenfalls würde jede Partei, die heute einen Sturm auf dagegen unternähme würde, sich selber den Verstand abspalten. Die Kartelparteien hätten ja auch gegenwärtig gar keinen Grund, sich über das allgemeine direkte Wahlrecht zu beschweren, denn sie hätten ja hier die Majorität. Nichts desto weniger zweifle er nicht daran, daß die Gegenpartei diese Frage des Wahlrechts wieder für sich ausbrüten würde. Die Einwendungen, die gegen unsern Antrag erhoben, haben auf ihn um so weniger Eindruck gemacht, als die Abgg. Bamberg und Windthorst früher selbst für die Verlängerung der Wahlperioden eingetreten sind.

Abg. Ricker: Die Behauptung, daß die freisinnige Partei jeder organischen Entwicklung widerstrebe, ist unrichtig; gehören doch zur freisinnigen Partei eine Anzahl Abgeordneter, die früher mit den Nationalliberalen alle jene Gesetze im Reich, auf die Bezug genommen ist, durchgebracht haben. Abg. Kardorff hat geäußert, daß ein zweiter Streich folgen werde. Jeder Versuch, an dem Wahlrecht zu rütteln, würde in der That erfolglos sein, aber die Absicht dazu hat bei den Konservativen bestanden. Die Nationalliberalen haben früher prinzipiell jede Verlängerung der Legislaturperiode abgelehnt. Der Abg. Bamberg, der diese Frage stets als eine Opportunitätsfrage angesehen hat, stand damals allein. Graf Behr hat 1885 ausdrücklich erklärt, daß eine Verlängerung der Wahlperioden eine Schwächung des Volkstums sei. Abg. v. Helldorf hat dasselbe zu verstehen gegeben, indem er bemerkte, durch die Verlängerung der Perioden werde der Reichstag unabhängiger gemacht von der schwankenden Volkmeinung. Das ist doch klar genug. Die Kartelparteien wollen die Wähler nicht so oft an die Wahlurnen treten lassen, weil sie darin eine Schwächung der Rechte der Regierung und Arbeitgeber erblicken. Minister Puttkamer's Versicherungen betrafen deutlich, daß die Regierung nur auf eine Gelegenheit wartet, um auch das geheime Wahlrecht zu beseitigen. In dieser Beziehung ist also hauptsächlich eine Gefahr vorhanden und Herr v. Bennigsen, der vor drei Jahren ein so vernünftiges Urtheil über das System Puttkamer gefällt hat, scheint nicht zu wissen, daß jenes System noch heute feststeht. Demeiben ist auch die Wahlvergiftung zur Last zu legen, über welche Herr von

Bennigsen sich so sehr beklagte. Man will er dem Volke die Gelegenheit nehmen, dieses System wenigstens alle drei Jahre zu corrigieren. Den Konservativen verübe ich den Vorwurf nicht, wohl aber einer Partei, welche die freisinnigen Grundzüge noch festhalten will. Mit der Verlängerung der Legislaturperiode schließt man ein Sicherheitsventil gegen die Sozialdemokratie. Wer wirksam sich an der sozialen Fortentwicklung beteiligen will, sollte der politischen Befreiung der Arbeitermassen keine Hindernisse bereiten. Ich hoffe, daß trotzdem sich immer mehr Männer finden werden, welche für die politische Aufklärung des Volkes Sorge tragen. Nur so ist es möglich, die Pläne zu durchkreuzen, welche das Volk in dem Schlammerzustand erhalten wollen, um die Autorität der Regierung und der Gendarmen nicht schmälern zu lassen.

Abg. v. Helldorf (kons.) erklärt, daß seine Partei nicht die Absicht habe, Anträge auf Abänderung des Wahlrechts zu stellen. Eine Erklärung, daß wir unter keinen Umständen solchen Antrag stellen werden, ist der Abg. Windthorst von uns zu fordern gar nicht berechtigt.

Abg. Marquardsen (nat.-lib.): Die Nationalliberalen haben die Dauer der Legislaturperiode immer als eine Opportunitätsfrage angesehen. Bezüglich der Wahlfreiheit und der Sicherung der Arbeiter gegen Wahlbedrückung haben wir unsere Ansichten nicht geändert. Doch gehören diese Fragen wohl mehr in die einzelnen Landtage.

Abg. Hänel (dir.): Eine sachliche Begründung des Antrages ist von seiner Seite erfolgt; wo es sich um eine Verfassungsänderung handelt, können doch nicht Opportunitätsgründe angeführt werden. Zumal dann nicht, wenn nicht einmal für die Zweckmäßigkeit eine Gewißheit vorhanden ist. Ich will mich auf Thatsachen berufen. Man hat von der Apathie der Wähler gesprochen. Die Wahlfähigkeit beweist aber, daß die Teilnahme der Wähler an politischen Dingen eine größere ist, als die Theilnahme dieses Hauses an den vorliegenden Verhandlungen, wie die vielen Rücken des Hauses beweisen, eine Apathie ist also nicht bei den Wählern, sondern bei den Gewählten vorhanden. Dann hat man auf die Verküsterungen und Aufreizungen im Wahlkampf hingewiesen, aber gerade die Aufreizungen des Reichstages haben die erbittertesten Wahlkämpfe herbeigeführt. England hat die längsten Wahlperioden, aber auch die meisten Aufkündigungen, weshalb auch in England die Dauer der Perioden 3-4 Jahre nicht übersteigt. Die Nationalliberalen haben übrigens früher eine Verlängerung der Perioden aus prinzipiellen Gründen bekämpft, wie des Abg. Müllers Reden beweisen. Gerade die Förderativstaaten müssen auf kurze Legislaturperioden bedacht sein. Die öftere Erneuerung des Volkes zu den Wahlen schafft ein Gegengewicht gegen die partikularistischen Beherrschungen. Der Abg. v. Kardorff hat den Sturm auf das allgemeine Wahlrecht abgelehnt, daß Sie an einen Sturm nicht denken, der eine große Dummheit wäre, glaube ich. Sie operiren aber mit feinen Mitteln, wozu auch dieser Antrag gehört. In gegenwärtiger Zeit bedarf eine ernste Regierung der Unterstützung der Massen. Um so mehr sollte man sich hüten, die Massen zu veragmaligen. Im Volke herrscht nur das eine Gefühl, daß es mit Füßen getreten wird (Große Unruhe) und zwar aus Opportunitätsgründen. Die Absicht der Verlängerung der Legislaturperiode ist bei den Wahlen ausdrücklich in Rede gestellt. Nun werden alle diejenigen Lügen gestraft, die dahin gehende Aussagen gemacht haben. Es ist bezeichnend, daß Sie mit Anträgen kommen, die zu stellen nicht einmal der Bundesrath für angemessen hält. Ich glaube, es war keine gute Stunde, in der Sie Ihren Entschluß gefaßt haben.

Ein Schlußantrag wird angenommen. Vor der Abstimmung erklärt Abg. Böckel (Antisemit), daß er gegen den Antrag stimmen werde.

Der Antrag wird mit 183 gegen 95 Stimmen angenommen. Abg. Seybold (nat.-lib.) enthält sich der Abstimmung.

Abg. Ricker schlägt als § 2 der Abänderung der Verfassung vor, daß nunmehr unter Beitzugung des Art. 32 der Verfassung die Wähler die Mitglieder des Reichstages eingetragt werden.

Die Abgg. v. Kardorff, v. Bennigsen und v. Helldorf erklären, daß nach der Geschäftsordnung die vorgeschriebene wesentliche Zusammengehörigkeit dieses Antrages mit dem vorliegenden nicht vorhanden sei. Abg. Ricker möge deshalb seinen Antrag auf dem geschäftsordnungsmäßigen Wege des Hauses als selbständigen Antrag zur Erledigung bringen.

Für die Zulässigkeit einer Verbindung des Ricker'schen Antrages mit dem Antrag auf Verlängerung der Legislaturperiode treten die Abgg. Ricker, Windthorst, Hänel und Bamberg ein.

Abg. Singer beantragt die Ueberweisung des Antrages an die Geschäftsordnungs-Kommission.

Dieser Antrag wird abgelehnt.

Der Präsident zieht sodann die Entscheidung des Hauses herbei über die Zulässigkeit, den Antrag Ricker's gleichzeitig mit dem Antrage, die Verlängerung der Perioden betr., zu beraten. Die Majorität entscheidet sich dagegen.

Der Antrag auf Verlängerung der Wahlperioden wird unanändert angenommen.

Nächste Sitzung Mittwoch.

In der gestrigen (Mittwochs-) Sitzung des Reichstages wurde die Wehrvorlage in dritter Lesung en bloc angenommen.

Der vom Abg. Lohren (Zentrum) eingebrachte Gesetzentwurf, wonach Böder und Brotverläufer zum täglichen Anschlag der Verkaufspreise nach Gewicht angehalten werden sollen, wird in erster Lesung durch Ueberweisung an eine Kommission erledigt.

Sodann begann die zweite Beratung der Anträge der Abgg. Munkel und Kintelen, betreffs der Entschädigung unschuldig Verurtheilter.

— **Krieg oder Frieden?** Laut angekündigt war im voraus die große Rede Bismarck's und die Zeitungen sind voll von derselben. Was erfahren wir nun aus der Rede? Deutschland will den Frieden, und wer es angreifen wolle, möge es sich überlegen, denn Deutschland könne jeden Augenblick an jede Grenze eine Million Soldaten werfen. Deutschland habe immer eine ruhestreundliche Gesinnung gehabt und trete auch den berechtigten (?) Ansprüchen Rußlands gegenüber Bulgarien entgegen. Mit welchem löblichen Bravero der Reichstag auch immer die Rede Bismarck's beantwortete, nach derselben herrschte eine ebenso zweifelhafte Stimmung wie vorher. „Was hat er nun eigentlich gesagt?“ „Wieviel Krieg oder behalten wir Frieden?“ „Eigentlich sind wir so klug wie vorher.“ Wir leben nach wie vor in Zuständen, die jeden Augenblick den Ausbruch eines Krieges in Aussicht stellen können.

Die Schupkeule Fhring-Mahlow und Raporra haben vom Kaiser das allgemeine Ehrenzeichen erhalten.

— **In der Kommission für das Sozialistengesetz** hat der Abg. Windthorst, seiner Annäherung gemäß, wieder Anträge auf Abschmächung desselben für die Zeit bis zum 30. September 1890, für welche er es, gleich den Nationalliberalen, verlängern will, eingebracht. Unter anderem sollen danach Versammlungen nicht auf Grund des Sozialistengesetzes im Voraus verboten werden; die Unterdrückung einer periodischen Druckchrift soll erst eintreten dürfen, wenn das Verbot einer einzelnen Nummer zum zweiten Male erfolgt ist; die Beschwerde gegen eine solche Unterdrückung soll aufschiebende Wirkung haben; die Beschwerdekommision soll nur aus Richtern bestehen; der sogenannte keine Folgezustand soll — das ist der wichtigste Antrag — nur für Berlin und einen Umkreis von 30 Kilometer verhängt werden dürfen. Ferner beantragt Herr Windthorst wieder folgende Resolutionen: „Der Reichstag wolle beschließen: 1. In Erwägung, daß das Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878 nach der ursprünglichen Absicht der verbündeten Regierungen (Verhandlungen des Reichstages 4. Legislaturperiode 1. Session 1878, S. 9 der Anlagen) wie der Majorität des Reichstages (Bericht der IV. Kommission, Seite 9 der Anlagen) eine dauernde Institution nicht werden solle, den Bundesrath zu erüden, dem Reichstag rechtzeitig den Entwurf eines Gesetzes vorzulegen, welches das gemeine Reichrecht insoweit abändert oder ergänzt, als es dessen bedarf, um den Staat und die Gesellschaft nachhaltig und dauernd vor den Gefahren zu schützen, deren zeitweilige Abwehr das vorgenannte außerordentliche Gesetz bezweckt hat; 2. in Erwägung, daß die eigenen Mittel von Reich und Staat nicht hinreichen, um die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie in ihren eigentlichen Grundursachen zu treffen, vielmehr die Wurzel dieses Uebels nur dadurch ausgerottet werden kann, daß die Religion in das Herz des deutschen Volkes wiederum weiter und tiefer eingepflanzt und darin zu frischer Lebenskraft entfaltet wird, den Bundesrath zu ersuchen, soweit seine Kompetenz reicht, dahin zu wirken, daß überall die Herrnisse beseitigt werden, welche die verschiedenen Religionsgemeinschaften

in der freien und ungehemmten und nur so segneten Wirksamkeit für Fortpflanzung und Förderung christlichen Glaubens und Lebens in deutschen Volk zur Zeit noch hindern oder beengen. — Die „National-Ztg.“ bemerkt dazu: „Wir können den Abwägungsanträgen gegenüber nur denselben Standpunkt einnehmen, wie bei der letzten Verlängerung des Sozialistengesetzes. Die meisten von ihnen sind von sehr geringer Tragweite, so daß sie an den üblen Folgen des jetzigen Standes der Dinge kaum etwas ändern würden; wenn die Regierung z. B. ein sozialdemokratisches Blatt unterdrücken will, bedeutet die Bestimmung, daß vorher zwei einzelne Nummern verboten sein müssen, nur eine kurze Galgenfrist. Andererseits sind alle Abwägungen bedenklich, so lange nicht durch Abänderung des allgemeinen Rechts Erfolg geschaffen ist, während das Fortbestehen des Sozialistengesetzes im Ganzen doch die Wirkung haben würde, daß die geheime Gegenagitation der Sozialdemokratie die nämliche bleiben würde, wie bisher. Der Zeitpunkt für eine schrittweise Rückkehr zu einem normalen Rechtszustand, die früher allerdings, aber auf andere Art hätte erfolgen können, ist vorüber. Jetzt handelt es sich um eine entschlossener Angriffnahme der Aufgabe. Im Sinne einer solchen wird eine ähnliche Resolution, wie die erste des Herrn Windthorst, wohl auch von anderer Seite beantragt werden. Die zweite ist gegenstandslos.“

— In der Kritik der Windthorst'schen Anträge sind wir ganz mit dem nationalliberalen Blatt einverstanden. Ueberdies schmähen diese Resolutionen stark nach der Absicht, den katholischen Arbeitermassen, die leider noch immer so zahlreich dem Zentrum Herdeseife leisten, Sand in die Augen zu streuen. Was nun aber die nationalliberale Resolution anlangt, so wird sie, falls sich diese Mannesherren überhaupt dazu aufschwängen, sie zu stellen, von der Regierung als „schätzbares“ Material zu den Akten genommen werden. Es bleibt aber sonst alles so wie es war.

— Von Herrn W. Liebknecht erhält die „Volkzeitung“ folgende Zuschrift: „Wie ich aus dem hienographischen Bericht ersehe, machte Herr Regierungskommissar Held es mir auch zum Vorwurf, daß ich dem von mir angelegten Staatsanwalt keine „Genugthuung“ gegeben habe.“

„Aber konnte ich denn eine eskalantere „Genugthuung“ geben, als ich in der Vorunternehmung und dann in öffentlicher Gerichtsverhandlung, über die alle Blätter berichteten, ausdrücklich das Unbegreifliche der Anklage konstatierte und das formel durchgängig korrektere im Verfahren der Behörden anerkannte?“

„Wäre ich nicht sogar — denn ich halte es für meine Pflicht, begangenes Unrecht möglichst wieder gut zu machen — im Reichstag die Sache zur Sprache gebracht, aber ich halte ja während der ganzen Session im Gefängnis zu sitzen. Und unmittelbar nach meiner Freilassung kam der Belagerungszustand über Leipzig, der mich an andere Dinge zu denken zwang.“

„Ermähne will ich noch, daß ich Herrn Richter durch seinen inzwischen ebenfalls verstorbenen Bruder, meinen damaligen Landtags- und Reichstagskollegen Richter, und zwar nach meiner Beurteilung, mein Bedauern ausdrücken ließ.“

„Zum Schluß eine Bemerkung, welche sich namentlich an die Adresse der Juristen richtet. In England muß in Fällen, wo ein Angeklagter irrsinnig oder sonst momentan unzurechnungsfähig wird, die Ueberführung

in dieselben in eine staatlich überwachte Irrenanstalt erfolgen — jedenfalls ist dafür georgt, daß gemeinschädliche Individuen nicht in Freiheit gesetzt werden können, wenn ein Zeugnis der Befreiung leicht zu beschaffen und schwer festzuhaltenden Unzurechnungsfähigkeit beigebracht wird. Wären wie eine solche Bestimmung in Deutschland, so würde der fragliche Raubdieb im Irrenhaus oder Zuchthaus gefesselt sein, statt von allem Komfort umringt in Italien, und mir wären die 6 Monate Gefängnis erspart worden.“

„Hier scheint mir allerdings eine schlimme Lücke in unserer Gesetzgebung zu sein.“

Borsdorf, den 4. Februar 1888.

W. Liebknecht.

— Eine konservativ-antisemitische Versammlung fand am Montag Abend in Berlin im Suggenhofischen Restaurant unter Führung des deutschen Antisemitenbundes statt. Ein Redakteur Werner aus Kassel bezeichnete es unter dem lebhaften Beifall der etwa 1000 Köpfe zählenden Versammlung als Aufgabe des Antisemitenbundes zu verhindern, daß „dem Riffinken“ Heinrich Heine ein Denkmal gesetzt werde. Dagegen forderte der Redner unter stürmischem, anhaltendem Beifall auf, den Hölzner Stöcker als den Vater des Antisemitismus stets in hohen Ehren zu halten. Ihn und auch die andern wadern Vorkämpfer, wie Bernhardt Förster, Henrici, Niermann von Sonnenberg und Bödel dürfe das Volk niemals vergessen. Ein Lehrer Langheinde verlangte für den „unsauberen, frechen Poeten-Juden“ Heine in drastischer Weise ein eigenartiges Denkmal. (Die Eigenart scheint selbst der „Kreuz-Ztg.“ allzu charakteristisch zu sein für die Versammlung, sie unterläßt es, darüber nähere Mitteilungen zu machen.) Schlächtermeister Tiedtke (Roabit) erklärt, daß man nun auch selbst in Roabit nicht mehr sicher sei vor den Juden. — Hierauf wurde eine Resolution gegen das Heine-Denkmal angenommen mit allen gegen zwei Stimmen. Der Wunsch, diese beiden Stimmen an die Luft zu speiren, so schreibt die „Kreuz-Ztg.“ wurde laut, doch nicht beifällig, da die unbärtigen beiden Leute alsbald das Lokal verließen.

— Herr Dr. Gög von Lindenau hat in seiner famosen Selbstabjuschungs-Rede den Prozeß, welcher ihm die Luft an Belaidigungsprozessen für immer verdorben hat — wie er offenerzig mittheilte — in ein etwas geheimnißvolles Dunkel gehüllt, wogu er allerdings seine sehr guten Gründe hatte. Da Herr Gög unter den Kartellbrüdern eine Waise ist, so sei hier als Beitrag zur Naturgeschichte, nicht des Dr. Gög, der uns höchst gleichgültig ist, sondern der Kartellbrüderchaft, die jetzt in Deutschland das Feld in Händen hat, der Schleier gelüftet, den Herr Gög über jenem Prozeß ruhen ließ. Das schöffengerichtliche Urtheil, welches bei jener Gelegenheit gefällt ward, besagt Alles. Es lautet: „Privatkläger Dr. med. Gög hat früher der demokratischen Partei angehört, sich aber schon seit längeren Jahren von dieser Partei vollständig getrennt und hat bei der letzten Reichstagswahl die Agitation zu Gunsten des Kandidaten der Ordnungsparteien im Wahlkreis Leipzig-Land sehr energisch betrieben. An sich kann Niemand zum Vorwurf gemacht werden, wenn er in der politischen Ueberzeugung mit denen übereinstimmt, von denen er pekuniäre Vorteile hat. Wenn jedoch ein Mann seine Gesinnung lediglich um pekuniären Vorteils wegen ändert, wenn er äußerlich eine andere Gesinnung zur

Schau trägt um des Vorteils willen, den er davon hat, während seine wahre Gesinnung noch immer die frühere ist, so ist dies eine Heuchelei, ein unwürdiges und zu mißbilligen des Verhaltens. Wird also dem Privatkläger eine Aeußerung nachgelagt, wonach er seine Gesinnung lediglich um pekuniären Vorteils halber vorgenommen und er bei gleichem Vortheil auch der von ihm verlassenen Partei wieder beigetreten geneigt sei, so ist das zweifelslos gereimt, denselben in seiner Ehre zu fränten. Angeklagter behauptet jedoch, daß Privatkläger diese Aeußerung in der That am 23. November 1883, einem Vahstage, in der „Gesellschaftshalle“ zu Magdab gehalten habe. Privatkläger behauptet, er habe damals von dem Wohlbefinden nicht im materiellen Sinne gesprochen, sondern sich geäußert, daß er sich infolge seines Freimachens von den Fesseln der freisinnigen Partei wohlher fühle. Allein es haben die Handelskammersekretäre Dr. Fränkel, Buchdruckereibesitzer Dr. Schmidt und Schloffer Feibig, sämmtlich mit mehr oder minder großer Bestimmtheit bekundet, ohne den Vorlaut jedoch vollständig widerlegen zu können, daß Privatkläger zu der bezeichneten Gelegenheit in einem Kreise von Gesinnungsgenossen der deutschfreisinnigen Partei, von Herzog wegen seines Gesinnungswechsels befragt, ausgesprochen habe, daß er, wenn für ihn, Beziehungswelche seine Familie gesorgt werde, er sofort wieder der Alte oder der ibrige (nämlich der Parteigenosse der Annahsenden) sein werde. Selbst Zeuge Fränkel, der sich am unbestimmtesten ausdrückt, hat gehört, daß er in diesem Zusammenhang von seiner Familie gesprochen habe und hiernach das „woher befinden“ des Privatklägers lediglich auf die bessere, erträglichere Praxis bezogen. Man hat hiernach die Möglichkeit eines Mißverständnisses als ausgeschlossen und demnach als erwiesen angesehen, daß Privatkläger in der That die von Herzog behauptete oder eine dem Sinne nach gleiche Aeußerung gehalten habe. Es ist nun zwar nicht festzustellen, daß die betreffende Aeußerung des Privatklägers für sich bzw. zu einem Bekannten erfolgt sei, allein ein derartiger strenger Nachhab kann an einen Wahrheitsbeweis nicht angelegt werden, es genügt, daß Privatkläger sich in der That in der ihm zur Last gelegten Weise ausgesprochen hat. Die Behauptungen sind erwiesen wahr und da weder die Form der Aeußerungen, noch die Umstände die Absicht der Belaidigung ergeben, so war insoweit eine Freispredung des Angeklagten zu verfügen.“

— Dr. Gög hat gegen dieses Urtheil keinen Einspruch erhoben. Die Aeußerung des Dr. Gög, welche von den Zeugen festgestellt ward, lautete: „Was wollen Sie, ich bin noch derselbe wie früher, garantieren Sie mir meine Lebensstellung und ich bin nie wie vor Demokrat.“ — Psychologisch interessant ist, daß derselbe Herr Dr. Gög, gegen den jenes Urtheil seit drei Jahren vorlag, am 19. Januar des vorigen Jahres als Reichstagskandidat der Kartellbrüder in der „Gemeinnützigen Gesellschaft“ zu Leipzig dem Raum seiner Jähne die patriotischen und progressiven Worte ausließ: „Wir wollen einen Reichstag, der Ehre im Leibe hat.“

— **Edwabah.** Hier soll ein gewerbliches Schiedsgericht nach Beschluß des Gemeindefolleger eingesetzt werden.

— Das „Journal de Gendab“ über Minister

Am Fluße.

Novelle von F. von Stengel.
(Nachdruck verboten.)

(Fortsetzung.)

„Ah, Wolfgang, Du!“ sagte sie, einen gleichgültigen, halb überauschten Ton annehmend, was ihr jedoch mißlang — sie konnte nicht verhindern, wie unangenehm ihr sein Erscheinen war. „Wie kommst Du hierher?“

„Die gleiche Frage könnte ich an Dich richten Johanna,“ entgegnete Wolfgang, „denn ich bin ganz erkant, Dich in meinem Studirzimmer häuslich niedergelassen zu finden.“

„In Deinem Studirzimmer?“

„Nun ja, ich reanne den Platz so, denn seit ich zurück bin, bringe ich manche Stunde mit meinen Büchern hier zu.“

„Wirklich?“

„Ist dies so merkwürdig? Ich erinnerte mich des Plakates von meiner Knabenzeit her und habe ihn gern.“

„So?“

„Nun, dies scheint Dir sehr wunderbar. Hast Du ihn nicht auch gern?“

„Doch, und er war immer mein,“ entgegnete sie in einem Tone, welcher deutlich sagte, daß sie willens sei, dieses Wein zu behaupten.

„Dein, Johanna?“ fragte er bestremdet.

„Nun ja, ich betrachte ihn als mein, Niemand kam sonst her, und gerade dies machte mir den Platz lieb und Du, Wolfgang, wirst ihn mir nicht freitig madren!“

„Nicht freitig madren?“ wiederholte er. „Ich treffe Dich ja heute hier zum ersten Male, wo ich doch seit Wochen täglich hierher komme.“

„Ich denke, wir treffen uns nicht mehr,“ sagte sie halb trogig, halb mißmuthig.

„Es wäre mir leid, Deine Spaziersahrt hierher zu verhindern.“

„Wie, ich verstehe Dich nicht, glaubst Du, ich lasse mich von hier vertreiben?“ sagte sie gereizt, „am wenigsten von Dir.“

„Das wollte ich auch nie, entgegnete er ruhig, obwohl ihre letzten Worte seinen Lawillen hervorriefen und ihm eine scharfe Erwiderung aus der Junge schwebte, die er Wähe hatte zurückzuhalten. „Der Platz ist ja groß genug für uns Beide, Keiner hat ihn gemeinhet, wir werden einander gewiß nicht föden, wenn wir zusammentreffen.“

„Aber, Wolfgang, ich wil hier allein sein!“ sagte sie halb mit dem Ausdruck eines verwöhnten Kindes, halb entrüstet über seine Ruhe.

„Ein spottendes Wachen slog über Wolfgang's Gesicht, — weih sonderbares Wesen sie doch war? — „So, und da meinst Du, ich könnte gehen und nimmer wieder kommen?“ fragte er.

Sie erröthete tief, ihre Unhöflichkeit reute sie, sie entgegnete daher verlegen: „So war es nicht gemeint, ich wollte nur...“

„Sagen, daß der Stördr gehen kann, das genügt! Ich gebe schon! Ferner sei von mir, mich einubdrängen, wenn Königin Rab mit ihrer Base geheime Unterredungen hat, Adieu!“ Damit wandte sich Wolfgang weg.

Johanna sah ihm nach. War er beleidigt? Es schien nicht, seine Worte lauteten spottend, aber nicht verlegt. Was meinte er mit seinen letzten Worten, was wollte er damit sagen, — wieder ein Stich auf ihre Reizung zum Mädchenhaften? Er war unaussprechlich. — Sie hätte ihn gerne zurückgerufen, denn sie fühlte, daß sie unhöflich gewesen, mehr als nur unhöflich, — aber sein Spott empödete sie. — Warum muß er hierher kommen? Was hat er hier zu suchen? Immer und überall tritt er ihr in den Weg und sucht sie in Verlegenheit zu bringen — sie weih ganz gut, daß dies nicht der Fall ist, daß er im Gegentheil ihr eher ausweicht, und doch sagt sie es — ist es zu ihrer eigenen Entschuldigung? Aber ihren Lieblingsplatz wird er doch nun meiden? Sie glaubt es, aber sie kann sich nicht darüber freuen, der Platz hat allen Reiz verloren. Wolfgang's Studirzimmer! — Er braucht nicht zu sagen, Königin Rab hatte hier geheime

Unterredungen mit ihrer Base. D, sie erkennt den alten spottenden Wolfgang von früher in Allem; wie viel tausend Mal hat er bedauert, daß sie kein „Frenkiad!“

— Sie stand auf und verließ die Insel.

Als sie auf dem Fluße war, sah sie von fern Wolfgang's Kahn. Eine dunkle Köthe stieg in ihrem Gesichte auf; sie hätte viel darum gegeben, die Begegnung ungeschehen zu madren. Sie fühlte, daß sie Wolfgang hätte und zürnte sich selbst darüber. Sie hat ja seinen Grund zum Hass!

Des andern Tages fuhr sie mit ihrem Vater zu Walfen. Es war ihr nicht recht wohl zu Rube, sie schaute sich, Wolfgang zu begegnen und hätte doch gerne eine Gelegenheit gefunden, ihm ein Wort der Entschuldigung zu sagen, damit er nicht glaube, sein Spott habe sie verlegt, er soll im Gegentheil gar nicht merken, daß sie ihn nur zu gut verstanden. Die einfältige Gesichtsart war auch nicht der Rede werth; aber sie hatte sie doch die ganze Nacht nicht schlafen lassen, sie mußte immer daran denken und nachhinnen, was sie Wolfgang wohl sagen könne. Dies machte sie ungeduldig und mißmuthig, — sie fühlte es und kämpfte dagegen, allein sie bezwang sich nur halb.

Nur der alte Walfen und Anton waren zu Hause, als sie dort ankamen. Wolfgang war nach einem benachbarten Städtchen gegangen, wo er mit einem Freunde zusammentreffen wollte und sollte erst gegen Abend zurückkommen. Johanna war halb froh darüber, obgleich sie sich sagen mußte, je länger sich ihre Entschuldigung verzögerte, desto schwerer müsse sie ihr werden. Unwillkürlich drängte sich ihr die Frage auf: hat Wolfgang den heutigen Tag — es war Sonntag, wo sie und ihr Vater regelmäßig zu Tisch zu ihren Freunden kamen — absichtlich für seinen Besuch gemählt, um ihr nicht zu begegnen? Sie verwarf jedoch alsbald die Vermuthung, allein der Gedanke legte noch oft wieder, und sie wagte keine Frage, die sie hätte aufklären können.

(Fortsetzung folgt.)

v. Puttkamer. In seiner Entgegnung auf die Rede des Abg. Bamberger in der Sonnabend-Sitzung des Reichstages hat sich Minister v. Puttkamer zu Gunsten seines eigenen Standpunktes auf das „Journal de Venise“ berufen und diesem Blatte, welches, wie er hervorhob, das Unglück habe, konservativ zu sein, die höchsten Lobspürche ertheilt, indem er dasselbe als „eines der angelegentlichsten, glaubwürdigsten und autoritätvollsten Presseorgane der Schweiz“ bezeichnete. Es möchte daher dem Herrn Minister interessant sein, auf die Nummer dieses Blattes vom 31. Januar aufmerksam gemacht zu werden und darin nachzulesen, wie diese von ihm anerkannte Autorität sein Verhalten vor und während der Debatte beurtheilt. Es heißt darin u. a.: „Die an die Adresse der Schweiz gerichteten Drohungen des Herrn v. Puttkamer waren, wie wir zu glauben anfangen, nur die Wirkung der üblen Laune eines Ministers, der sich verfahren hat (qui s'est mis dans un mauvais cas); hätte er nicht besser getan, sich mit guter Miene aus dem Spiele zu ziehen und nicht zu stark aufzutragen? Denn schließlich, obgleich Deutschland das mächtigste Land in Europa ist, dürfte man doch nicht, wenn es noch Richter in Berlin giebt, einem kleinen Lande, weil es klein ist, die Verpflichtung auferlegen wollen, Leute, die eine auswärtige Regierung ihm zuschickt, nicht um seine eigene Polizei durch nützliche Auskunft zu unterstützen, sondern im Gegenteil um derselben Schwierigkeiten zu bereiten, bei sich zu behalten und mit Rücksicht zu behandeln. . . . Diese Drohungen und Broterstationen werden ins Wasser fallen, denn Fürst Biemarck wird es nicht sich angethan lassen, die Aufmerksamkeit von ganz Europa noch mehr auf die missliche Angelegenheit zu ziehen. Und vielleicht wird er es Herrn v. Puttkamer wenig Dank wissen, sie so ungeführt in Szene gesetzt zu haben.“

Der Entwurf eines bürgerlichen Gesetzbuchs für das deutsche Reich enthält auf 646 Seiten Folio 2164 Paragraphen, in 5 Büchern: 1) Allgemeine Theil §§ 1-205 in 11 Abschnitten (Rechtsnormen, Personen, Juristische Personen, Rechtsgeschäfte, Fahrlässigkeit und Verschulden, Bestimmungen, Anspruchsverjährung, Selbstverteidigung und Selbsthilfe, Utheil, Beweis, Sicherheitsleistung). 2) Recht der Schuldverhältnisse §§ 206-777 (4 Abschnitte: Schuldverhältnisse im Allgemeinen, Schuldverhältnisse aus Rechtsgeschäften unter Lebenden, aus unerlaubten Handlungen, aus anderen Gründen). 3) Sachenrecht §§ 778-1226 (9 Abschnitte: Allgemeine Vorschriften, Besitz und Inhabung, allgemeine Vorschriften über Recht an Grundstücken, Eigentum, Verkaufrecht an Grundstücken, Erbbaurecht, Dienstbarkeiten, Realoffen, Pfandrecht und Grundschuld). 4) Familienrecht §§ 1227-1748 (3 Abschnitte: Ehe, Verwandtschaft Vormundschaft). 5) Erbrecht §§ 1749 bis 2164 (6 Abschnitte: Allgemeine Vorschriften, letztwillige Verfügung, Verfügung von Todeswegen durch Vertrag, gesetzliche Erbfolge, Erberbzicht, Rechtsstellung der Erben).

Ueber die **Vorschriften zur Verhütung von Krankheiten in Spiegelreflektanten**, welche vom Bundesrathe gegenmütig vorbereitet werden, schreibt man der „Frankfurter Zig.“ aus Berlin: Die Gewerbeinspektoren beschäftigen seit ihrem Bestehen die größten deutschen Spiegelreflektanten. Aber ihre Jahresberichte boten der Regierung keinen Anlaß zur Einführung jener Verhütungsvorschriften. Erst nachdem kürzlich eingehenbe Privatuntersuchungen an Ort und Stelle von einem bekannten Schriftsteller vorgenommen worden sind, die grauenhafte Resultate ergaben, schreibt man jetzt zur Abhilfe. Es ist dies ein neues Anknüpfungspunkt für die gegenwärtige Organisation unseres Fabrikinspektors, welches der Abgeordnete Baumhof terstünd im Reichstage kritisierte.

Möge also bei der geplanten Reform derselben auch noch dieser Richtung Aufmerksamkeit verwendet werden.“ — Die Privatuntersuchungen, von welchen hier die Rede ist, wurden von Dr. Bruno Schoenlant in Nürnberg geführt und ihre Resultate wurden letzten Sommer zunächst ausjugsweise in drei längeren Artikeln der bei J. H. W. Diez in Stuttgart erscheinenden Monatschrift „Neue Zeit“ veröffentlicht unter dem Titel „Die früher durchgeführten Untersuchungen von Dr. Bruno Schoenlant.“ In aller-nächster Zeit erscheint von demselben Verfasser und unter dem gleichen Titel im Verlagsverlag ein Werk, welches die einschlägigen Verhältnisse an der Hand von Thatsachen und altentwägigen Belegen in eingehender Weise behandelt.

(Eingefandt.)

Kollegen allerorts!
Am Januar d. J. wurde den Arbeitern der O. Lutherschen Maschinenfabrik zu Braunschweig eine unangenehme Lebensaufgabe zu Theil, nämlich den Fabrikarbeitern wurde ein Abzug von 12 bis 15 Proc. angehängt, außerdem aber auch noch ein indirekter Abzug, und zwar wer 1 Stück einer bestimmten Arbeit in Arbeit hat, bekommt den oben festgesetzten Preis, wer 2 Stücke zugleich in Arbeit hat, bekommt auf den ganzen Betrag 2 Proc. weniger, bei 5 Stücken 5 Proc. und so fort, für jedes Stück mehr 1 Proc. weniger vom ganzen Abzug. Nun haben sich die ganzen Arbeiter der Fabrik vereinigt und folgende Forderungen an die Firma gestellt: 1) Aufheben der indirekten Abzüge in der Fabrik; 2) ständige Forderung hat der Arbeiter 14 tägigen; 3) Aufstellung eines Arbeitervereins für Sozialarbeiten und Ausbildung derselben in den Werkstätten; 4) 10 stündige Arbeitszeit hat der 19 jährigen; 5) 10 Proc. Lohnzulage für alle Arbeiter.
Der Vorstand hierzulande wundert alle Fabrikarbeiter sehr und alle Forderungen sind unannehmer abgelehnt. Wenn nun die Kündigung von 67 Arbeitern die Sonnabend nicht wieder zurückgenommen wird, und unter Forderungen nicht wenigstens theilweise bewilligt werden, so legen wir alle am 11. d. Mtz. die Arbeit nieder.
Darum Kollegen wartet aller Orts vor Jung nach Braunschweig. Ausführender Bericht kommt Anfang nächster Woche. Mit Gruß die O. Lutherschen Schlosser, Dreher, Schmiede und Tischler.
Braunschweig, den 7. Februar 1888.

J. K.: Die Kommission.

Aus Stadt und Land.

Bant. 9. Februar. Laut Verfügung des Herrn Oberverwaltungsrichters dürfen in den unmittelbar an den städtischen Wohnhäusern angebauten moßlosen Schwinne von nun an nicht mehr gehalten werden. Die neu zu errichtenden Ställe müssen in den Gärten, mindestens drei Meter von den Wohngebäuden entfernt, angelegt werden und sollen nicht nur dem auch zur Aufzucht der aus Speilchältern bestehenden Fütterer dienen. Die Verfügung erfolgt aus sanitären Gründen und tritt am 1. April in Kraft. Konventionen werden mit Warnung und event. Kündigung des Mietvertrages befristet.

Bant. 9. Februar. Eine Straßbahn Verhandlung bezieht man, wenn man aus einer Bier- oder Mineralwasserfabrik den Kauf von Bier oder Mineralwasser geliebte Flaschen zu eigenen Zwecken verwendet. Ein hiesiger ähnlich unbedenklicher Richter mußte dies jüngst erklären. Derselbe hatte eine Flasche, mit Patentverschlus versehen, welche Eigentum des Hofbrauereibesitzer in Göttinge war und dem Stempel „Unverkäuflich“ im Male trug, seiner Tochter übergeben, damit dieselbe Petroleum darin hole, was aus geschah. Durch die Verwendung der Flasche aber der Flasche, aber das Eigentumsrecht an derselben aus und machte sie somit den Unterhaltungsamt schuldig. Der Vorgang kam zur Kenntniß des Staatsanwaltschaft, welche Anklage erob, und nur unter der bedingten Annahme mildernden Umstände erkannte das Schöffengericht zu Göttinge auf die gelinde Geldstrafe von 4 Mark als Abmahnung. Dies diene zur Warnung.

Wilhelmshaven. 9. Februar. Am Montag, den 13. d. Mtz., wird der Verein deutscher Schwimmsportler im Saale der „Germania-Halle“ in Wandern sein diesjähriges Stiltun abzuhalten. Konzept und humoristische Beiträge werden die Baulen ausfüllen, während die Volkshilfskräfte die langjährigen Gäste in Bewegung hält. Da auch Söfen gegen einen billigen Festbeitrag der Zutritt gestattet ist, so wird wohl ein guter Besuch dem geliebten Vergnügen die rechte Weide geben.

Wilhelmshaven. 9. Februar. Das Kommando der „Gast-Osella“ erliegt hinter zwei im Verbauch der Fabrikflucht stehenden Patronen der auf der Ost feierlichen Wankelheit der zweiten Leuchte-Abtheilung Strafbüße. Die Besatzung haben sich am 4. Februar ohne Urlaub entlassen ohne die jetzt zurückgekehrt zu sein.

Wilhelmshaven. 9. Februar. Wilhelm's Kautematen-theater findet fortwährend regen Zuspruch. Wegen anderer Festlichkeiten im Saale des Herrn Oldenmüller bleibt das Theater bis zum 12. d. Mtz. geschlossen. Die nächste Vorstellung findet am Montag, den 13. d. Mtz., statt.

Wilhelmshaven. 9. Februar. Durch die gute Aufnahme der Sozialdemokratie der besten Beweis ist, wenn auch nicht und unangenehme Bemerkungen vor unruhigen und jählichen Gesellen leitend der „Beauftragten“ der sozialdemokratischen Lokalorganisationen beschlichtigt und auf Grund vieler angeleglichen Thatsachen der Sozialdemokratie resp. deren „Parteilichkeit“ ein anzuhängen sucht. — Wir glauben, daß es für die vortheilhafte Kontrolle und forsette Wirksamkeit in den Kreisen der Anhänger der Sozialdemokratie der beste Beweis ist, wenn auch nicht und unangenehme Bemerkungen vor unruhigen und jählichen Gesellen leitend der „Beauftragten“ der sozialdemokratischen Lokalorganisationen beschlichtigt und auf Grund vieler angeleglichen Thatsachen der Sozialdemokratie resp. deren „Parteilichkeit“ ein anzuhängen sucht. — Wir glauben, daß es für die vortheilhafte Kontrolle und forsette Wirksamkeit in den Kreisen der Anhänger der Sozialdemokratie der beste Beweis ist, wenn auch nicht und unangenehme Bemerkungen vor unruhigen und jählichen Gesellen leitend der „Beauftragten“ der sozialdemokratischen Lokalorganisationen beschlichtigt und auf Grund vieler angeleglichen Thatsachen der Sozialdemokratie resp. deren „Parteilichkeit“ ein anzuhängen sucht.

Wilhelmshaven. 9. Februar. Am Montag, den 13. d. Mtz., Abends 8 Uhr, wird Herr Rudolf Fohls aus Wien, jetzt in Leipzig, im Kaiserhof einen Vortrag über „Arbeiten“ halten. Wir dürfen wohl kaum auf die allbekannte, doch populäre Vortragstheile des berühmten Privatgelehrten hinweisen um den Gehalt des vom Gewerbeverein veranstalteten Vortragabend ganz besonders zu empfehlen. Abends 10 Uhr der Eintrittspreis von Mark 1,25 für weniger gut situierte Besucher einige hoch, in Anbetracht der dem Gewerbeverein erwachenden Kosten aber notwendig. Wer sich für eine wissenschaftliche Fortbildung die Ausgabe gestalten kann und den Vortrag mit anhört, wird denselben über befristet verlassen.

Oldenburg. 9. Februar. Die „Neue Zeitung“ schreibt: „Da Bielefeld sich nach wie vor nicht zum Lager Verpflanzung bekennt, wenn die Sache demnach, die dem Schwurgericht verhandelt wird, durch den Indizienbeweis keine Schuld vorgelegt werden müssen. Ein wichtiges Glied derselben bilden die zwei Thatsachen, daß in den Jahren der ermordeten Kinder Todtmüll gelunden worden ist und daß in dem Raum, in welchem Bielefeld seinen Todtmüll liegen hatte, am Holz der Wand Blutsüßchen gefunden worden sind. Auch diese Blutsüßchen hat man an den Berliner Gerichtsmediziner geschickt, doch die Begutachtung derselben, ab das Blut Menschen- oder Thierblut, soll noch nicht abgeschlossen sein. Die Zahl der gelundenen Zeugen wird auf einige 40 angegeben.“

Bant. 9. Februar. In der gestrigen Schöffengerichtssitzung wurde in Sachen der Uhrmacher Derringer in Neudorren gegen den Verbauch der „Abtheilung“, Preis 100 Mk., verhandelt. Derringer hatte gegenständig der Wok Derringer am Gewerbeverein in Bant eine Reklame in der „Jahreszeit“ veröffentlicht, welche auch auf die bekannte Angelegenheit betr. Anklagen einer solchen Reklame am Gewerbeverein des Verbauches zurückzuführen. Der Derringer sühnte sich durch den Inhalt der Reklame beleidigt und beregte eine Klage an. In der Verhandlung benahm sich Herr Derringer in derselben trauigen Weise wie leinzeitig vor dem Gericht in Wilhelmshaven. Am Ende Verhandlung der Zeugen wurde der Beklagte, Herr Derringer, einer Reklame bei Herrn Derringer für schuldig befunden und zu einer Geldstrafe von 50 Mk., sowie in die Kosten des Verfahrens verurtheilt, auch wurde dem Kläger das Recht zugestanden, den Tenor des Urtheils 1 mal im „Wilhelmshavener Tageblatt“ und in der „Abtheilung“ zu veröffentlichen auf Kosten des Beklagten.

Vereins-Kalender.

Kranken- und Sterbefälle der Maurer und Steinbauer. Sonntag, den 13. Februar, Radmütze 4 Uhr, außerordentliche General-Versammlung im Lokale des Herrn Böttcher, Kötzingen. Fachverein der Schneider. Montag, den 13. Februar, Abends 8 Uhr. Versammlung im Lokale des Herrn Zug (Zur Arche) Belfort.

Schwaffer.

Bant-Wilhelmshaven.
Sonntag, 12. Februar. Vorm. 1.00 Uhr. Radm. 1.29 Uhr.
Montag, 13. " " " 1.44 " " 2.11 "
Dinstag, 14. " " " 2.24 " " 2.51 "

Anzeigen.

Mein Lager in
Haushaltungsgegenständen
aller Art halte bestens empfohlen.
Wilhelmshaven.
Marktstraße.
M. Hegeler.
Die Sozialistendebatte
vom 27., 28. und 30. Januar d. J.
Ausführlichen 24 Spalten langen Bericht findet der Leser in No. 193 des
„Recht auf Arbeit“.
Sozialpolitische Wochenchrift. Herausgegeben von
L. Viereck in München.
Gegen Einzahlung von nur 13 Pfg. in Briefmarken franco durch
L. Viereck's Verlag, München.

Die Bier-Niederlage
von
G. Endelmann,
Königsstrasse 47,
Fas- und Flaschenbier
aus der Brauerei von Th. Frittlöfer, Jever,
33 Flaschen 3 Mt.
Dortmunder Aktienbier, 20 Fl. 3 Mt.
Bayerisch Bier aus der Brauerei von
Franz Erich, Erlangen, 20 Fl. 3 Mt.
Eiterswasser eigener Fabrik.
Harzer Königbrunnen.
Wiederverkäufern Rabatt.
Frisches fettes
Schweinefleisch
sowie dicken Speck
à Pf. 45 Btg.
empfehlen
E. Langer,
Neuestraße 10,
Wilhelmshaven.
ff. Pöckelfleisch, (Rippentücker),
sowie sämtliche
Wurstwaren
empfehlen
Landsch. **R. Schöpke.**

Antlich konfessioniertes
An- u. Rückkaufsgeschäft
von neuen und getragenen Kleidungsstücken,
Tepichien, Uhren, Gold- und Schmuckstücken
von **F. Krüger.**
Belfort, Unterstraße.
Empfehle:
Arbeiter-Notiz-Kalender
à 50 Pfg.
Ein Blick in die „Neue Welt“
von W. Liebknecht.
Elegant gebunden 3 Mark.
Die „Neue Zeit“ 1887.
Elegant gebunden 3 Mt.

Streichfertige Oelfarben,
trockene Farben in allergrößter
Auswahl.
Feine Copal- u. Bernsteinlacke,
sowie sämtliche Utensilien zur
Malerei empfiehlt
Carl Bamberger,
Wilhelmshaven,
Bismarckstraße 25.
Spezial-Geschäft in Farben und
Malereistoffen.

Meine Caffeepreise sind von
heute ab per Pfund 10 Pf. billiger.
Empfehle:
Santos-Caffee, rein schmeckend,
roh pr. Pfd. 1.00 Mt.
gebr. " " 1.20 "
" " " 1.05 "
" " " 1.30 "
Guatemala-Caffee, roh 1.20 Mt., gebr.
1.40 Mt. pr. Pfund.
Johannes Arndt, Bant.

Schweinefleisch
sowie dicken Speck
à Pf. 45 Btg.
empfehlen
E. Langer,
Neuestraße 10,
Wilhelmshaven.
ff. Pöckelfleisch, (Rippentücker),
sowie sämtliche
Wurstwaren
empfehlen
Landsch. **R. Schöpke.**

Internationale Bibliothek:
I. Die Darwin'sche Theorie, elegant gebunden 2 Mt.
II. Marx's Oekonomische Lehren, elegant gebunden 2 Mt.
III. Köhler, Welt schöpfung und Weltuntergang, elegant gebunden 2 Mt. 50 Pf.
IV. Die kändliche Arbeiterfrage, elegant gebunden 1 Mt. 50 Pf.
V. Thomas More und seine Utopien, elegant gebunden 2 Mt. 50 Pf.
Die Expedition des Norddeutschen Volksblattes.
B. R. K. n.

200 Confirmanden-Anzüge

in sehr schönen Stoffen und vorzüglicher Arbeit, empfehle zu bekannt billigen Preisen.

M. Philipson,
Bismarckstr. 12.

Zur Confirmation

empfehle

Schwarze Cachemires

Meter von 90 Pfg. bis 4 Mk. 50 Pfg.

Georg Reich,
Bismarckstraße 10.

Neueste Hutmoden!



Facon Antimonopol. Facon Antiseplanat.



Facon Kongress. Facon Demokratenhut.

Ausführung leiste ich Garantie und finden meine Hüte allseitige Anerkennung, wie zahlreiche Zuschriften beweisen. Aug. Deine, Hutfabrikant, Halberstadt.

Ich empfehle: Facon Demokratenhut, weich, schwarz, Preis 4 Mk. und 5 Mk.; - Kongress, weich, in allen Farben, 6 farbiger schwarz, braun, hellbraun, grau, sehr reichlich, 3 Mk. 50 Pfg. und 4 Mk. 50 Pfg.; - Antiseplanat und Antimonopol, steif, schwarz und braun 4 Mk. bis 4 Mk. 50 Pfg., hochfein, elastisch 5 Mk. 25 Pfg.

Sämtliche Hüte sind mit rothem Atlasfutter und den Photographien bewährter Hutmänner versehen. Bei Wunsch auch mit dem Kammschuhladen des Besizers.

Ich verlange die Hüte zu obigen Preisen in guter Verpackung franco gegen Nachnahme nach allen Orten Deutschlands. Ebenso liefere alle anderen Kopfbedeckungen für Herren und Knaben. Es genügt die Angabe der Kopfweite in Zentimetern. Für schöne

N. J. Pels,

Bismarckstrasse Nr. 18,

empfehle als neu eingetroffen:

Varehend Bettlaken, weiß mit rother Borte,

2 Meter lang 1.75
" 2¹⁰ " " 2.-
" 2²⁰ " " 2.50

Doppeltbreites Halbleinen (160 ctm. breit)

1a 1.35 11a 1.25,

in der Wäsche außerordentlich dauerhaft und garantiert weiß bleibend, sobald selbst mit Recht empfehlen kann.

Wollene Schlafdecken, weiß 130/200 ctm. à 7.50, 9.00,
Türkischrote und dunkelfarbige Schlafdecken in großem Sortiment,

Weiße Waffeldecken (Bettdecken) 2, 2.50, 3, 3.50, 4, 4.50, 6, 8.

Weiß mit roth durchwirkt, echtfarbig, 3,

Bettfatin, Bettinletts in vielen Qualitäten zu billigen Notierungen vorrätig.

Engl. Tüll-Gardinen in weiß u. crém,
zu 35, -40, -45, -50, -55, -60, -75, -80,
-90, 1.20 u. s. w.

Doppelt gesiebte und gewaschene

Prima Nusskohlen

der Zechen Gansa, Bollern, Hugo,

Prima Nusskokoaks der Zechen Dammernbaum,
Presstorf und Maschinentorf
in bester Qualität

liefere Wagon- und Centnerweise zu den billigsten Preisen.
Gefällige Aufträge erbeten.

Bant. J. F. Gloystein.

Werkzeuge

englisch und deutsch, empfehle in nur bester Qualität unter Garantie der Güte.

Wilhelmshaven,
Marktstraße.

M. Hegeler.

Einladung

zum

Stiftungsfest

des Vereins „deutscher Schuhmacher“,
am Montag, den 13. Februar
im Saale der „Germaniahalle“, H. Vater, Neubremen,
feierlich in
humoristischen Vorträgen u. Ball.
Anfang 7 Uhr. Entree 1 Mark, Damen frei.
Es ladet ergebenst ein Das Comité.

Germania-Halle.

Am Sonntag, den 12. Februar:

Grosse öffentliche Tanzmusik.
Neu-Bremen. H. Vater.

Gasthof Sedan.

Am Sonntag, den 12. Februar:

Grosser öffentlicher Ball.

Dazu ladet ergebenst ein

F. Krause.

Dwe. Winter's

Hotel „Im Baute Schlüssel“, Belfort.

Heute Sonntag, den 12. Februar:

Großer öffentlicher BALL.

Dwe. Winter.

Volksgarten Kopperhörn.

Am Sonntag, den 12. Februar:

Großer öffentlicher Ball,
wozu freundlichst einladet

H. Th. Kuper.

Central-Halle Belfort.

Am Sonntag, den 12. Februar:

Öffentlicher Ball.
Carl Zwingmann.



N. J. Pels,
Bismarckstrasse 18,
empfiehlt feine durch neue Eingänge auf's Beste kompletirtés Lager

Corsetts

die zu sehr billigen Preisen abgeben.
Ferner soeben einetroffen eine Partie

Woll. Strickgarn

welches per Pfund 2.50, Gebind à 5 Pf. offerire.

Die Qualität des Garns kann ich als tadellos frisch und dauerhaft empfehlen.

Damenstiefeln

in allen Preislagen empfiehlt
Joh. Holthaus, Bismarckstr. 59.

Böckelfleisch

pr. Pfund 25 Pfg.
Neubremen. H. Vater.

Margarine

in bester Waare, pr. Pf. 70 u. 80 Pfg.
Neubremen. H. Vater.

Gefunden

ein Filzhat, abzuholen gegen Erstattung der Infectionsgebühren
Sedan, Schützenstraße 22 a.

Kranken- und Begräbnis-Kasse
der

Maurer und Steinbauer
Wilhelmshavens.

Außerordentliche
Generalversammlung

am
Sonntag, den 12. d. M.,

Nachmittags 4 Uhr,
in C. Sülthor's Saal, Ostfriesenstr. 55.

1. Ergänzungs-Wahl des Vorstandes.
2. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Verantwortlich für Redaktion und Verlag
H. Kähn in Bant.
Druck von A. Vogel & Co. in Braunshweig